

Kommentar zum Erdoğan-Besuch

von Mehmet Tanriverdi*

Der – zu Recht – umstrittene Wahlkampfauftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in der Kölner Lanxess-Arena am kommenden Samstag, 24. Mai 2014, gibt uns Anlass, ein paar grundsätzliche Sachverhalte klarzustellen und gerade zu rücken.

Seit jeher haben wir als Deutsch-Kurden die Bundesregierung aufgefordert, einen grundsätzlich kritischeren Umgang mit den türkischen Staatsvertretern zu pflegen. Sich mit kritischen Stimmen Gehör zu verschaffen und einen differenzierteren Blick einzufordern gestaltet sich jedoch angesichts der im Vordergrund stehenden guten wirtschaftlichen Zusammenarbeit respektive der bestehenden Handelsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Nato-Partner Türkei stets als schwierig.

Seit Jahren verlangt die Kurdische Gemeinde in diesem Land eine Anerkennung der kulturellen und demokratischen Rechte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes beispielsweise in Form eines Referendums.

Außerdem müssen bei den Diskussionen um die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union unbedingt die Aufnahmekriterien berücksichtigt werden, die grundsätzlich für alle Kandidaten gelten sollten: Beispielsweise die Erfüllung der 1993 verabschiedeten Kopenhagener Kriterien (Zitat: „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben;...aus: Kopenhagener Kriterien, Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Kopenhagen, 21./22. Juni 1993, Seite 13), und die Einhaltung der Menschenrechte. Insbesondere beim Kandidaten Türkei muss der Umgang dieses Staates mit den Minderheiten im Land scharf kritisiert werden.

Der Lösungsprozess der sogenannten kurdischen Frage ist in der Türkei schon längst ins Stocken geraten. Die Türkei ist weder willig zu verhandeln noch grundsätzlich bereit, die bestehenden Probleme zu lösen. Ministerpräsident Erdoğan und seine Regierung waren über zehn Jahre lang – und sind es noch – ein willkommener Partner Deutschlands und der Europäischen Union, weil die Ökonomie beider Länder davon profitierte und noch immer profitiert. Vor dem Hintergrund florierender Handelsbeziehungen trat die Tatsache, dass sich die türkische Gesellschaft zunehmend islamisiert und ethnische und religiöse Minderheiten unterdrückt werden, zurück. Erdoğan wurde nicht nur in Köln, von seinen Anhängern, sondern auch insgesamt im Westen, auch in der Hauptstadt Berlin, seitens der deutschen Regierung, wie ein Superstar empfangen. Wir erinnern an das Jubiläum „50 Jahre Migration aus der Türkei“ im Jahre 2011. Da rollte man Erdoğan vor dem Brandenburger Tor in Berlin den roten Teppich aus. Vertreter der kurdischen Migrantenverbände suchte man vergebens: Sie wurden nicht eingeladen. Obwohl auch sie als Arbeitsmigranten ihren Beitrag zum Wohlstand dieses Landes geleistet haben, so wie ihre türkischen Mitbürger.

Vor rund zwei Jahren versuchten die Stadt Bochum und die Trägerstiftung, Erdoğan den Steiger Award für „Menschlichkeit und Toleranz in der Kategorie Europa“ stellvertretend für das türkische Volk zu verleihen. Dank des massiven Drucks von Kurden, Armeniern, Assyrern und anderen verfolgten Minderheiten sagte der türkische Ministerpräsident die Reise ab, der Preis wurde nicht vergeben.

Erdoğan polarisiert nicht nur in Deutschland, sondern wirbt für eine Parallelgesellschaft. Wir erinnern an seine Kölner Rede vor vier Jahren, in der er sagte: „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, wodurch er sich ganz gezielt gegen die Integration der Menschen aus der Türkei in die

deutsche Gesellschaft aussprach. Er forderte verstärkt die Gründung von türkischen Schulen in Deutschland.

Dabei entbehrt sein ungebrochener Einsatz für türkische Schulen in Deutschland insofern jeder Grundlage, als er und seine Regierung selbst den Kurden in Kurdistan ihr Recht auf muttersprachlichen Unterricht verwehren. Was er für seine Landsleute – im Ausland! – fordert, gewährt er den Menschen im eigenen Land nicht.

Die türkischen und kurdischen Einwanderer in Deutschland sind ein Teil der deutschen Gesellschaft; ihre Integration wird gefördert. Sie pflegen ihre Sprache, ihre Kinder bekommen zum Teil muttersprachlichen Unterricht. Die Mehrsprachigkeit wird als Reichtum, als wichtige Ressource, angesehen. Das ist keine Assimilation. Sondern Integration.

Die Kurden in der Türkei wiederum, deren Sprache und Kultur nicht einmal anerkennt und seit Jahren unterdrückt und verboten sind, wurden systematisch assimiliert. Das Sprechen der kurdischen Sprache oder das Hören kurdischer Musik standen bis vor Kurzem unter Strafe.

Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Herr Erdoğan.

Erdoğan und seine Regierung dulden jedoch keine Kritik. Bestes Beispiel hierfür ist die jüngste Beleidigung des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck durch Erdoğan.

Abschließend sei festgehalten, dass die Beziehungen des Westens zur Türkei zurzeit mehr als unterkühlt sind. Das hat zum einen damit zu tun, dass sich die Wirtschaft der Türkei am Abwärtstrend befindet, zum anderen unterstützt die türkische Regierung die islamisch-fundamentalistischen Organisationen in der Region massiv. Es freut uns, dass die Europa-Politiker Jean-Claude Juncker und Martin Schulz endlich erkannt haben, dass diese Türkei mit solchen Defiziten kein EU-Kandidat sein kann.

Allerdings ärgert uns zudem die Haltung der EU und insgesamt des Westens gegenüber dem NATO-Partner Türkei, die die zerstrittene und reaktionäre türkische Opposition an der Macht sehen wollen, die keine Alternative zur türkischen Regierung darstellt, da auch sie keine EU-Standards einführen will und wird, sondern im Gegenteil auf die Stärkung des Militärs setzt, den türkischen Nationalismus befördert und den Nachbarländern mit Krieg droht.

Wir begrüßen es, dass sich Vertreter aller demokratischen Parteien in Deutschland gegen den bevorstehenden Besuch von Herrn Erdoğan am kommenden Samstag ausgesprochen haben. Die Regierung in Deutschland muss den islamisch-konservativen Politiker Erdoğan bei den Themen Menschenrechte, demokratische Freiheiten einschließlich der Anerkennung aller kulturellen und demokratischen Rechte der kurdischen Bevölkerung viel deutlicher in die Pflicht nehmen und energischer handeln.

*) Autor ist stellv. Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland (KGD)
und Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenvverbände (BAGIV)